

Niederschrift

über die 5. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung am Dienstag, dem 11.03.2025 im kleinen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:10 Uhr

Anwesenheit:

Mitglieder:

Danielczyk, Ralf Vorsitz
Haselkamp, Anneliese
Holtkamp, Stefan
Merschhemke, Valentin
Mondwurf, Günter
Schlütermann, Christoph
Wobbe, Ludger
Mühlenbäumer, Sarah
Schäpers, Margarete
Zanirato, Enrico
Rotterdam-Peters, Claudia

Verwaltung:

Schütt, Detlef
Tübing, Bernd
Benson, Yvonne
Bröker, Judith Schriftführung

Der Ausschussvorsitzende Ralf Danielczyk eröffnet die Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertretung der Verwaltung, die Presse und die Zuhörenden.

Sodann stellt der Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1 Kindergartenbedarfsplanung 25/26

Dezernent Schütt berichtet einleitend, dass sich die Bedarfe zum Kita-Jahr 25/26 gegenüber den Vorjahren verändert haben. Sowohl die Kinderzahlen als auch die Anmeldequoten seien in vielen Kommunen gesunken. Diese beiden Faktoren würden sich maßgeblich auf die Kindergartenbedarfsplanung auswirken und seien nur schwer vorhersehbar. Das Kreisjugendamt sei in dieser Hinsicht auch immer im engen Austausch mit den Kommunalverwaltungen vor Ort und den Trägern der Kindertageseinrichtungen, um auf Veränderungen zu reagieren.

Herr Wobbe hinterfragt kritisch, ob es möglicherweise einen Zusammenhang zwischen der sinkenden Nachfrage und der Höhe der Elternbeiträge gebe. Diese seien zuletzt analog zu der Steigerung der Kindpauschalen deutlich gestiegen. Dezernent Schütt erläutert, dass es keine Erkenntnisse diesbezüglich gebe. Die Inanspruchnahme der Kindertagesbetreuungsangebote sei Entscheidung der Eltern. Die Gründe für eine Anmeldung oder eben Nicht-Anmeldung würden seitens des Jugendamtes nicht erhoben oder ausgewertet.

Jugendamtsmitarbeiterin Frau Bröker stellt anhand der Präsentation (Anlage 1) die Kindergartenbedarfsplanung 25/26 vor. Darin wird neben dem Planungsstand 25/26 auch der Stand der Warteliste zum 04.03.25 dargestellt. Sie betont, dass die Entwicklungen im Bereich Kindertagesbetreuung sehr dynamisch seien, da auch weiterhin nachträgliche Anmeldungen eingingen oder Plätze nachträglich aus verschiedenen Gründen wieder frei würden. Aktuell gebe es in nahezu allen Kommunen noch Kinder, die noch kein Platzangebot erhalten hätten. In den meisten Fällen sei dies jedoch darin begründet, dass die Familie erst im Laufe des Kindergartenjahres eine Betreuung wünsche oder das Kind erst im Laufe des Kindergartenjahres das erste Lebensjahr vollende und somit einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz habe. Für diese Kinder könnten die Plätze frühestens drei Monate im Voraus vergeben werden und nicht freigehalten werden. Nach aktuellem Planungsstand stünden aber in nahezu allen Kommunen auch für diese Kinder noch Plätze zur Verfügung.

Herr Schlütermann lobt das insgesamt gute Planungsergebnis, stellt aber auch klar, dass im Bereich der Kindertagesbetreuung weiterhin große Herausforderungen zu bewältigen seien. Das Planungsergebnis müsse sich an der Realität messen lassen. Die aktuelle personelle wie finanzielle Situation sei für viele Träger existenzbedrohend, sodass Kita-Schließungen durchaus ein realistisches Szenario seien. Noch könnten sich insbesondere größere Träger durch die Rücklagen der Vorjahre über Wasser halten, aber es bestehe dringender Handlungsbedarf auf der politischen Ebene des Landes eine auskömmliche Finanzierung sicherzustellen. Dies sei eine öffentliche Aufgabe. Trägeranteile von bis zu 10 % seien nicht vertretbar. Diese würden ohnehin in vielen Fällen bereits von den Kommunen vor

Ort übernommen, so Herr Wobbe. Die Kommunen würden zum Teil auch als Ausfallbürgen bei der Schaffung neuer oder auch dem Erhalt von Bestandsobjekten einspringen, wenn die Landesförderungen nicht ausreichend seien. Er kritisiert, die langen Zweckbindungsfristen sowohl des Landes als auch seitens der Investoren. Hier sei von allen Beteiligten mehr Sparsamkeit und Nachhaltigkeit gefordert. Dezernent Schütt berichtet, dass die Verwaltung aktuell in Gesprächen mit den Kommunen sei, um hier eine möglichst einheitliche Verfahrensweise abzustimmen.

Herr Mondwurf fragt an, ob im Rahmen der Bedarfsplanung auch Bedarfe für mögliche Zuzüge insbesondere auch durch Geflüchtete berücksichtigt würden. Frau Bröker erläutert, dass bereits im Rahmen der Prognose mit Wanderungsauswirkungen kalkuliert werde. Dezernent Schütt verweist darauf, dass es aktuell in den meisten Kommunen noch Aufnahmekapazitäten gebe. Grundsätzlich seien aber Zuzüge nur schwer kalkulierbar und es könne unter Umständen zu Wartezeiten kommen bis ein Betreuungsplatz zur Verfügung stehe. In diesem Zusammenhang ergänzt Herr Schlütermann, dass unter den aktuellen finanziellen Voraussetzungen ein Vorhalten von freien Plätzen zulasten der Träger gehe, da freie Plätze nicht finanziert würden, sofern die Einrichtung keine Mittel in Höhe der sogenannten Planungsgarantie erhalte.

Vorsitzender Herr Danielczyk bedankt sich bei den Teilnehmenden und schließt die Sitzung.



Danielczyk
Vorsitzender



Bröker
Schriftführerin